

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
Deutschlands: R. Mosse, Haefenstein & Bogler, G. L. Daube,  
Invalidenthank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann,  
Gierfeld W. Thienes, Halle a. S. Jul. Vack & Co.  
Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frank-  
furt a. M. Geim. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

**Freiherr v. Buol**, der erste Präsident des vorigen Reichstages, wurde zum Oberlandesgerichtsrath in Karlsruhe ernannt. — Eine neue akademische Würde ist für **Prof. Adolf Menzel** geschaffen worden, der auf sein Ergehen aus dem Amte eines Senators der Akademie der Künste seit dem 1. Oktober d. J. ausgeschieden ist. Der Körperfäch hatte den begreiflichen Wunsch, den verehrten Altmeister nach wie vor zu den Ihrigen zählen zu dürfen, und sie stellte daher den Antrag, Adolf Menzel zum Ehrenmitgliede des Senats zu ernennen. Der Kaiser hat dem Vernehmen nach dem Antrage entsprochen und dem Meister ist hiervon seitens des Kultusministeriums Kenntniß gegeben worden. Adolf Menzel gehört seit 45 Jahren der Akademie als ordentliches Mitglied an, Senator war er seit 1875. Die für ihn geschaffene Würde hat bisher noch nicht bestanden; es gab zuvor lediglich Ehrenmitglieder der Akademie, nicht des Senats. — Die jüdische Schul-Deputation in Berlin hat gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Kirschner beschlossen, gegen die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums, wonach den **jüdischen Lehrerinnen das Klassenordinariat** in dem Falle abzunehmen ist, daß sich unter den SchülerInnen nicht wenigstens zehn Kinder jüdischen Glaubens befinden, vorstellig zu werden. — In Köthen ist am Saule Nr. 2 der Verbrüderertrage, in welchem im Jahre 1848 der **Dichter Eichendorff** sich seinem Freunde, Major v. Hölly, und im Jahre 1854 bei seiner Tochter, der Frau Hauptmann v. Bessler-Däbinger, in deren Besitz das Haus inzwischen übergegangen war, wohnte, ein Gedenktafel aus farverathem Marmor angebracht worden, die die Inschrift zeigt: „In diesem Hause wohnte der Dichter Josef Freiherr von Eichendorff 1848 und 1854.“ — Der Garantie-Fonds für das 1900 in Dresden abzuhaltende

**13. Deutsche Bundesgeschießen** ist bereits auf 200 000 Mark angewachsen. — In dem kreisförmigen Bromberg gestatete die Steuerbehörde den Brennereien auf ihr Erzeugen mit Müchigkeit darauf, daß erörtere Kartoffeln schnellstens verarbeitet werden müssen, die **Aufnahme des dreifachen Betriebes**. In Folge dessen sind die Brennereien in der Lage, ihre Produktion auf etwa 100 Liter pro Tag zu erhöhen. Die Skampange hat in den meisten Brennereien am 15. Oktober begonnen. — Das bayerische Verordnungsblatt des Kriegsministeriums in München veröffentlicht eine Verordnung betreffend die Stistung und Verleihung von **Dienstaltersauszeichnungen für langgediente Arbeiter der Heeresverwaltung**. Danach erhält jeder Arbeiter der Heeresverwaltung nach zufriedenstellend zurückgelegter 25- beziehungsweise 40-jähriger Dienstzeit eine Dienstaltersauszeichnung bestehend in einer Medaille von Bronze bezw. von Silber, sowie gleichzeitig einen Gelbbetrag welcher sich bei 25jähriger Dienstzeit auf 50 bis 100 Mark, bei 40jähriger auf das Doppelte beläuft. Anlässlich des heutigen Namensfestes hat der Prinzregent eine Reihe von Auszeichnungen verliehen.

**Berlin**, 3. November. Der Kaiser und die Kaiserin haben, wie bereits gemeldet, der großen Hitze wegen die Ausflüge nach verschiedenen Punkten Palästinas aufgegeben. In der gestern Abend eingetroffenen Nummer des „Temps“ wird nun selbstverständlich dem offiziellen Berlin Telegraphenbureau die Mitteilung zugesichert, daß die Abtzigung der Reise „in Folge von Besorgnissen vor europäischen Verwickelungen“ erfolgt. Die bezügliche Angabe des „Temps“ ist durchaus ungeründet.

— Die Meldung des „Reuter'schen Bureau's“ aus Peking, wonach der deutsche Gesandte von Heftigkeit die gemeinschaftliche Besetzung der Bahnlinie Peking-Shanghai-Kwang an der Grenze nach Pankotchi und der Mandchurie durch Truppen der Großmächte angeregt haben sollte, wird von ununterrichteter Seite als unrichtig bezeichnet; ganz abgesehen davon, daß die Bahnlinie von Peking nach Shanghai-Kwang wohl konzeptionirt, aber noch nicht fertig gestellt ist und also nur die Bahnlinie Peking-statu in Frage kommt, wird es wie gesagt als falsch bezeichnet, daß Herr von Heftling einen dahingehenden Vorschlag gemacht habe. Wohl aber ist es sicher bekannt, daß von russisch-englischer Seite ein derartiger Vorschlag gemacht worden ist, falls China sein Versprechen die Truppen Kwangsi zurückzuziehen, die zur jetzigen Jagdzeit bei Peking lagern, nicht erfüllen sollte.

Von der Meldung der „Times“, daß ein Eisenbahnzug zwischen Jerusalem und Jaffa entgleist sei und dabei auch vier deutsche Matrosen verunglückt sein sollen, liegt gleichfalls hier an einer unterrichteter Stelle keine bestätigende Nachricht vor. Vermuthlich handelt es sich nur um einen Vorfall von untergeordneter Bedeutung.

— Zu verschiedenen Seiten wird behauptet, daß die Erinnerung des Prinzen Georg von Griechenland zum Gouverneur von Kreta bereits erfolgt sei und zwar mit Zustimmung des Sultans, und daß sich der Prinz nach Konstantinopel begeben, um dem Sultan seinen Dank auszusprechen und sich vorzustellen. Daß namentlich von russischer Seite eine rasche Entscheidung über die Gouverneurfrage gewünscht wird, ist ja kaum zu bestreiten. Daß die Sache aber schon so weit gediehen sein soll, ist trotzdem einigermaßen zweifelhaft, wenn auch vielleicht nicht völlig ausgeschlossen, da man ja wohl in Konstantinopel nachdrage die Vergeßlichkeit des Widerstandes in den Kretafragen eingesehen haben dürfte.

— Um ihre Dankbarkeit und Treue gegen den Landesheerrn zum Ausdruck zu bringen, beschlossen die in Dresden lebenden Staatsbeamten anlässlich der Feier des 70. Geburtstages des silbernen Regierungsjubiläums König Alberts die Gründung einer König Albert-Jubiläumsgesellschaft für die Stiftung sächsischer Staatsbeamten, die den Zweck hat, solche Beamte und deren Wittwen und Waisen in besonderen Nothlagen zu unterstützen. Zugewiesen hat der Aufruf zur Spendung von Beiträgen zu der Stiftung in den Beamtentrefen des ganzen Landes einen solchen Anklang gefunden, daß das Stiftungskapital bereits 60 000 Mark beträgt. 157 Abgeordnete aus allen Theilen Sachsens haben die Stiftungssammlungen feiert. Der Sitz der Stiftung wird in Dresden.

sein. Noch weit bedeutsamer ist die aus 516 Einzelstiftungen bestehende Jubiläumsstiftung des sächsischen Gemeindegutes, zu der 2913 Städte und Dörfer nicht weniger als 4 789 642 Mark aufgebracht haben. Diese Stiftung wird in Gestalt von Krankenhäusern, Bürgerhäusern, Parkanlagen, Wasserleitungen und anderen gemeinnützigen und wohlthätigen Einrichtungen noch den spätesten Geschlechtern zum Segen gereichen.

— Das „Neue Jahrhundert“, unabhängige Wochenchrift in Köln, veröffentlicht Mittheilungen über Gespräche, die Fürst Bismarck mit Bacher gehabt hat. Wir theilen hier folgende Stelle mit: Zum Schluß noch eine Aeußerung, welche darthut, daß Bismarck auch in den Tagen seines höchsten Glanzes durchaus nicht so gering über Journalismus und Journalisten dachte, wie aus seinen oft kolportirten Aeußerungen, daß eine Zeitung ein bedrucktes Stück Papier sei, hervorzugehen scheint — eine Ansicht, die übrigens durch den Empfang, den er besonders nach seiner Entlassung so vielen Zeitungskorrespondenten entgegenhien ließ, schon eine genügende Widerlegung erfahren hat. „Es ist unser Unglück“, sagte er Mitte der achtziger Jahre zu Bacher, „daß wir so wenige Federn zu unserer Verfügung haben.“ Ich kann die Wege, die ich gehen muß, nicht immer von Anfang an klarlegen, sonst wäre die Sache oft von vornherein verpufft. Ich muß auch manchmal den Gegner auf eine falsche Spur bringen; das ist vom diplomatischen Leben ungetrennlich. Da werden manchmal selbst die Besten an mir irre, und wenn sie sich passiv verhalten und nicht mich direkt angreifen, so ist das noch der beste Fall. Das sind Verhältnisse, die ich leider nicht ändern kann, die aber die Schuld daran tragen, daß es bei uns der Regierung an einer Unterfrüfung mangelt, die sie sonst überall genießt, und die ich sehr schmerzlich entbehre. Mag man sagen, was man will, die Presse ist eines der wichtigsten Elemente der Politik, und wer das nicht erkennt, der wird mir so rasch zu seinem Schaden eines Besseren belehrt.“

— Ein hiesiges Blatt weiß davon zu berichten, daß der Kolonialdirektor v. Buchta bereits ansmühe sei; es sei schon längst sein Geheimniß, daß unsere Afrikaner es als Lebensast empfinden, daß sich die maßgebende Stelle in den Sünden eines Juristen befindet, dessen hohes Interesse für unsere kolonialen Bestrebungen zwar niemals in Frage gestanden habe, dem aber naturgemäß jede praktische Erfahrung fehle, die von Sachverständigen als unerlässlicher Faktor in der Behandlung kolonialer Geschäfte verlangt werde. In den behelgten Kreisen werde der jetzt hier eingetroffene Generalmajor Liebert als künftiger Kolonialdirektor genannt. Wir glauben, daß man es hier mit halbohem Gerede zu thun hat. Herr v. Buchta befindet sich erst seit einigen Monaten in seinem jetzigen Amte und man braucht sich nur der höchst anerkennenden Worte zu erinnern, die der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg am Schlusse des Kolonialrathes dem scheidenden Kolonialdirektor widmete, um zu erkennen, wie man in wirklich maßgebenden Kolonialkreisen über Herrn von Buchta und seine Amtsführung denkt.

— Gegenüber der „Allgemeinen Fleischzeitg.“ die den jüngsten Besuch des Landwirtschaftsministers auf dem Berliner Zentralviesschafe in Zusammenhang mit der Nachricht der „Fleischerzeitung“ gebracht hatte, wonach die Einfuhr lebender ungarischer Schweine nach Deutschland demnächst gestattet werden würde, bemerkt die „Nordd. Allg. Zig.“, daß der Besuch des Landwirtschaftsministers lediglich der Befestigung der Neuanlagen des Zentralviesschafs gegolten habe.

— Aus Posen wird mehreren Blättern gemeldet: Ministerialdirektor Bitter, die Geheimräthe Holz und Wallach, der hiesige und der Bromberger Regierungspräsident sind soeben unter dem Vorsteh des Oberpräsidenten v. Bismarck zu einer Konferenz, um Maßnahmen für den Osten ausführlich zu berathen, zusammengetreten.

— In dem katholischen Kreise Neuz ist ein Protestant zum Landrath gewählt worden. Darüber ist die rheinische Centrumpresse außer sich. Sie klagt, daß es noch immer keine Gleichberechtigung der beiden christlichen Konfessionen für die staatlichen Aemter gebe, und der Regierung rath sie vor, ihre Macht zu Gunsten des Protestantismus mißbraucht zu haben. Nun aber geht der „Rhein-Westf. Ztg.“ ein Schreiben eines „hervorragenden Kreiseingefassenen“ zu, und in diesem heißt es: Es ist durchaus unrichtig, daß das Ergebnis der Wahl des Herrn v. d. Leyen in den Kreis Neuz peinlich überträglich, sogar grob Unwillen erregt hat. Es darf im Gegentheil wohl behauptet werden, daß die Wahl des Herrn v. d. Leyen in den Kreis Neuz eine glückliche und eine sehr zu be-  
 10

bedrängt werden, daß die Wahl für unangenehm  
freudig begrüßt wird. Für die Wahl des Herrn  
v. d. Leyen haben sich von vornherein fast alle  
auf dem Lande wohnenden Kreisstagsmitglieder  
ausgesprochen, die ich glaube beaupten zu dür-  
fen, ausnahmslos der Zentrumspartei angehören.  
Für die Wahl hat sich auch ein großer Theil des  
Klerus ausgesprochen. Wenn es ja richtig ist,  
daß man erwarten muß, daß in einem über-  
wiegend katholischen Kreise auch ein katholischer  
Rath gewählt wird, so muß man im Vor-

liegenden Falle doch sagen: es giebt auch Ausnahmen von der Regel. Herr v. d. Leyen, ein Freund des Kreises, streng gläubiger Protestant, hat sich zu allen Zeiten durch sein Verhalten den Katholiken gegenüber bei diesen die größte Hochachtung erworben. In keiner Beziehung von der Regierung etwas zu Gunsten von der Leyens geschehen, und haben die kreistagsmitglieder bei der jetzigen Wahl nach reiflicher Ueberlegung für den Herrn v. d. Leyen als den geeignetsten Kandidaten ihre Stimme abgegeben. Ich möchte mit der Versicherung schließen, daß wie ich der weitaus größte Theil des Kreises meint, d. h. der Ueberzeugung ist, daß der Kreis in der Person des Herrn v. d. Leyen einen Landrath erhalten wird, wie wir einen bessern wohl nicht erhalten können.“

— Von der Stadt Berlin ist die Anregung ausgegangen, den preussischen Städte-Tag einzuberufen, damit dieser sich mit der Frage des Freischnoth beschäftige. Der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes des preussischen Städte-Tages, Oberbürgermeister Veder-Röll, ist dieser Anregung gefolgt und hat die Mitglieder des Vorstandes zu einer Sitzung am Sonnabend, 5. November, Vormittags 10 Uhr, im Rathhaus zu Berlin eingeladen. Dieser Vorstandssitzung wird folgende Tagesordnung vorliegen: 1. Ergänzung

des Vorstandes, 2. Einberufung des Städtetags auf Antrag der Stadt Berlin; Zeitpunkt und Ort. 3. Feststellung der Tagesordnung und der Berichterfasser. Vorschlag zur Tagesordnung: a) Was hat zu geschehen, um die in Folge der Grenzsperrte gegen die Vieheinfuhr eingetretene Vertheuerung des Fleisches zu beseitigen? b) Wunsch der Stadt Berlin. c) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Kommunalbeamten. d) Schutz des Kleingewerbes gegen die Waarenfälscher.

— Aus Schneidemühl wird der „Bosl. Ztg.“ gemeldet: Auf dringliche Verheerde des Reichstagsabgeordneten Ernst vom 17. Oktober bei der Ministerrath des Innern gegen den Ersten Bürgermeister Wolff, der die Abschrisnahme einzelner Theile der Abtheilungslisten zur Abgeordnetenwahl unterlagte hatte, ist jetzt durch die Bromberger Regierung dem Verheerdeführer der Verheerde geworden, daß der Erste Bürgermeister recht gehandelt habe. Auch die Verheerde des Direktors Ernst vom 23. Oktober, worin bemängelt wurde, daß der Erste Bürgermeister die nachträgliche Abschrisnahme der Abtheilungslisten nicht gestatten wollte, wurde abschlägig beschieden.

— Am Galanterie gegen Brautpaare hat der Zollanschuß des Bundesrats bei der Berechnung über einen Eingefall der „Aheim-Weiß Stg.“ zufolge beschlossen, daß die Zollbefreiung für Ausstattungsgegenstände nach § 5 Ziffer 2 des Zolltarifgesetzes auch dann anwendbar ist, wenn beide Ehegatten bis zu ihrer Verheiratung im Zollanslande gewohnt haben und erst aus Anlaß der Verheiratung nach einer im Zollinslande befindlichen Familienwohnung gezogen sind. Die Zollbehörden sind demgemäß angewiesen worden, auch in derartigen Fällen fortan Anträgen auf Zollbefreiung näher zu treten.

— Man schreibt der „*Voss. Zig.*“ zu dem lippschen Thronfolgestreit: „Wie wenig man bei Verathung der norddeutschen Bundesverfassung, aus welcher demnachst die gegenwärtige Reichsverfassung geworden ist, daran gedacht hat, den Art. 76 auf Thronfolgestreitigkeiten in einem Bundesstaat zu beziehen, ergeben die Umstände, unter denen der zu diesem (damals 70 des Entwurfs) im Reichstage gestellte Antrag auf Bestellung eines Bundesgerichts, insofern dessen die einzelnen Fälle der Zuständigkeit, insbesondere unter 4. „Thronfolge, Regentchafts- und Regierungsfähigkeitsstreitigkeiten“ aufgeführt waren, abgelehnt worden ist. Der vom Abgeordneten Zachariä gestellte Antrag wurde damit begründet, daß in Beziehung auf die Gegenstände, die hier in Frage kämen, in dem Artikel 70 (76) die erheblichsten Mängel bemerkbar wären und daß insbesondere in Beziehung auf die möglichen Thronfolge-, Regentchafts- und Regierungsfähigkeitsstreitigkeiten durchaus gar nichts gesagt wäre. Zachariä meinte, daß diese auch gar nicht unter die Verfassungsfreitigkeiten begriffen werden könnten. Diese Ansicht blieb in Reichstagsbezug ohne jeden Widerspruch. Der Antrag auf Errichtung eines Bundesgerichts wurde vom preussischen Bundeskommissar v. Savigny hauptsächlich deshalb bekämpft, weil die meisten Staaten Bedenken getragen hätten, mit Rücksicht auf die ihnen theure Selbstständigkeit und Souveränität

im Voraus sich dieser zu begeben". Darüber aber, daß die Einzelstaaten ihre Souveränität insofern behalten haben, als sie diese nicht auf die Inhabt der Reichsverfassung dem Reiche übertragen haben, kann ein Zweifel nicht obwalten. Bei Verathung der norddeutschen Bundesverfassung im preußischen Abgeordnetenhaus erklärte auch der Abgeordnete Twesten als Referent: „Die Bundesverfassung konstituirte nicht einen souveränen Staat, in welchem die Bedeutung der staatlichen

funktionen an sich unmittelbar gegeben ist, sondern es wird eine Verfassung errichtet über mehrere souveräne Staaten, welche im Uebrigen souverän bleiben und nur gewisse einzelne Funktionen an die Zentralgewalt abtreten sollen. Das liegt nicht in dieser Bundesverfassung, sondern in jeder Bundesverfassung überhaupt, es liegt in der Natur der Sache.“ Uebrigens ist bisher kein Fall nicht gekommen, in dem der Bundesrath eine Streitigkeit zwischen zwei Bundesstaaten nach Art. 76 Abs. 1 der Reichsverfassung selbst entschieden hätte. Solche Streitigkeiten sind aus

bisher nur eigentliche Staatenfreiheiten gewöh-  
nen, bei denen es sich um Hoheitsrechte und  
deren Beeinträchtigung handelt. Diese sind stets  
durch Schiedsgerichte oder sonst erledigt. Man  
kann auch nicht sagen, daß Lippe die Zuständig-  
keit des Bundesraths für die jetzt schwebende  
Frage durch einen früheren Antrag beim Bundes-  
rath anerkannt hätte. Dieser ging dahin: „es  
möge durch einen Akt der Reichsregierung das  
Reichsgericht als zuständiger Gerichtshof zur Er-  
ledigung der Thronfreiheiten eingeklagt werden“.  
Es wurde dann ein Kompromiß zur Be-  
stellung eines Schiedsorgans herbeigeführt.  
Jetzt liegt die Frage, wie Professor Seydel sein  
Recht ausführt, doch wesentlich anders. Von  
dem Fürsten von Schaumburg-Lippe wird auch  
unseres Wissens Art. 76 Abs. 2 nicht angezogen,  
weil dann der Reichstag mitzusprechen hätte,  
sondern nur Abs. 1.

**Aus Baiern, 29. Oktober.** Der Einfluss des Bischofs von Brigen in Tirol auf die Beschickung der kirchengeheglichen Professur an der Würzburger Universität wird jetzt offiziös bestritten; inwiefern muß aufpassen, daß dem bairisch geborenen Professor Schnigler in Dillingen der habdäbe, aber in Rom lebende Dr. Mertle vorgezogen worden ist. Zu der durch den Kultusminister Dr. v. Lindmann proklamirten Bevorzugung der geborenen Baiern für die Professuren an den Landesuniversitäten will das doch nicht ganz passen. Fest dagegen steht, daß jetzt gegen den Würzburger Apologeten Professor Schell in Rom förmlich Anträge erhoben werden. Bekanntlich haben die Bischöfe Frhr. v. Leonrod in Eichstätt und Senefrey in Regensburg bei dem damaligen Würzburger Bischof und jetzigen Münchener-Freisinger Erzbischof Dr. von Stein den Würzburger Theologen vergebens verlaget und sollen auch bei dem neuen Würzburger Oberhirten Bischof Schür betreffende Anstrengungen gemacht haben. Jetzt indes nimmt sich der Trierer Bischof Dr. Felix Michael Korum der Sache an. Ein Münchener Centrumsbblatt stellt ihm mit 40 Theilen aus den Schell'schen Schriften nach Rom gefahren sein, um bei der Kurl gegen den Würzburger Theologen den „Prozeß“ in Gang zu bringen. Das wird ihm wohl um so weniger Mühe machen, als sich neuerdings Herr Professor Schell auch als Bevormoder der Leichenpreden

nung bekannt gemacht hat, allerdings mit einem enttäuschenden Hinweis auf die abnormen tatsächlichen Verhältnisse der unterfränkischen Universitätsstadt. Noch schlimmer für ihn natürlich ist aber, daß er sich der mehr und mehr zunehmenden Romanisirung des katholischen Gottesdienstes in Deutschland entgegengesetzt hat. Herr Bischof Korum aber wird die ihm jetzt von einem Zentrumsblatt zugeschriebene Rolle Jeder gern zutragen, der sich aus dem Jahre 1886 seiner Mitwirkung an dem Terrorismus gegen den in der Anzeigefrage zur Nagelgießigkeit geneigten Baderborner Bischof Drobe entzinkt. Die Einmischung eines nicht bayerischen und gar eines preussischen Bischofs in die Lehrrmeinungen bayerischer Theologen bringt übrigens bei uns den Ultramontanismus mit dem weißblauen Nativismus in einen interessanten Gegensatz.

Zu München soll am 19. November der Volksverein für das katholische Deutschland seine diesjährige Hauptversammlung halten. Als Redner wird an erster Stelle der frühere Landtagsabgeordnete Stadtpfarrer Guhn auftreten, für den seit den jüngsten Legislaturperioden die Genußungs- und Standesgenossen einen Kammer- sitz nicht mehr übrig gehabt haben.

**Bern**, 2. November. Nachdem das Zündhölzchenmonopol vom Schweizer Volk verworfen wurde, hat die Bundesversammlung das Gesetz betr. das Verbot der Fabrikation von Phosphorzündhölzchen angenommen.

**Frankreich.**  
**Paris, 2. November.** Nachdem das von Zola gegen Jubet vom „Petit Journal“ angestrichene Verfahren durch Richterpruch eingestellt worden ist, hat letzterer Zola wegen verleumdender Anzeige verklagt. Jubet soll auch beschuldigt, vier Zeitungen wegen Verleumdung zu belangen.

Die drei Zeitungsverkäufer, welche am 13. September auf Anstiften des Präsidenten der Antisemitischen Guérin den Redakteur des Blattes „La grande bataille“, Philibert Roger, mit Mitteln mißhandelt hatten, werden samt Guérin als ihrem Mitschuldigen vor das Schwurgericht gestellt werden.

Alle Londoner Nachrichten melden übereinstimmend, daß England zum Kriege entschlossen sei, falls Frankreich die Räumung Fajshodas verweigert. Der Rückzug Frankreichs ist zweifellos.

Der „Temps“ bespricht die Fatschodafrage und sagt, es sei schwer zu glauben, daß die englische Negierung plötzlich die Verhandlungen abbrechen, die Fassung einer beinahe abgeschlossenen Vereinbarung zurückweisen und eine brutale Aufforderung an Frankreich erlassen werde. Man müsse gleichwohl Alles voraussehen, sich auf Alles vorbereiten. Es gäbe aber diplomatische Siege, welche theuer geblüht werden. Wenn England seinen augenblicklichen Vortheil nicht brauchen und Frankreich demüthigen sollte, so laufe es Gefahr, eine Aenderung der internationalen Konstellation herbeizuführen, welche seinen wirklichen Interessen stracks zuwiderlaufe. In anderer Stelle erklärt der „Temps“, man müsse angesichts der unverhöhnlichen Haltung Englands die Eventualität ins Auge fassen, daß Margaron Fatschoda einfach verlösst, ohne daß Frankreich die Räumung zum Gegenstande irgend welchen Festschens mache.

**Rom, 2. November.** Trotz der vatikanischen Ablehnungen hatte der Papst in der letzten Zeit wiederholt Ohnmachtsanfälle.

Petersburg, 2. November. Heute wurde ein Geſetz veröffentlicht betreffend Gründung einer jüdiſchen Aderbaukolonie auf dem Gute des Barons Horace Guenzburg Oſhenau Abad in Deſſarabien. Das 500 Deſjatinen große Gut wird zur Anſiedelung aderbaureiſender Juden parzellirt, wobei die Anſiedler während der erſten 4 Jahre keine Abgabe zu zahlen brauchen.

**Kopengagen.** 1. November. Seitdem Deutschland der Einfuhr lebenden Viehes aus Dänemark durch eine Reihe von Warzregeln Schwierigkeiten in den Weg legt, hat sich die Ausfuhr der dänischen Landwirthschaft auf dieses Gebiet gänzlich geändert. Statt lebenden Viehes wird geschlachtetes Vieh ausgeführt, und ein Blick auf die einschlägigen Verhältnisse zeigt, wie bedeutend der Umänssung ist, der sich vollzogen hat. Im Jahre 1897 wurde deutscherseits die Untersuchung des einzuführenden Viehes durch eine Tuberkulinprobe angeordnet, und bereits im selben Jahr verringerte sich die Ausfuhr lebenden Viehes aus Dänemark um ca. 10 000 Stück oder 12 p. C. wogegen die Ausfuhr von frischem Fleisch und Würsten, Eingeweiden und Zungen von 13½ Mill. Pfd. i. J. 1896 auf 17½ Mill. Pfd. i. J. 1897 stieg. Noch mehr veränderte sich das Verhältniß nach den im Februar d. J. erlassenen Bestimmungen. Vom 1. April, wo die Bestimmungen in Kraft traten, bis 30. September 1898 waren 9 663 Stück Vieh gegen 38 529 Stück in derselben Zeit zum Vorjahre ausgeführt. Die Ausfuhr von frischem Fleisch betrug vom 1. April bis 30. September d. J. 11½ Mill. Pfund gegen 3½ Mill. Pfund in derselben Zeit des Jahres vorher. Von Würsten, Eingeweiden, Zungen wurden ferner 9 Millionen Pfund ausgeführt. Berechnet man die ganze Ausfuhr nach lebendem Vieh, so ergiebt sich für April-September eine Minderausfuhr von 5000 Stück Vieh gegen den entsprechenden Zeitraum 1897. Ja verlässlichen ist jedoch, daß von geschlachtetem Vieh nur erstklassige Waare ausgeführt wird und daß die Kosten für hierbei geringere wie bei lebendem Vieh sind. Die Fracht nach Berlin stellt sich in lebendem Zustand auf 15 Pf. für das Pfund, bei geschlachtetem Fleisch dagegen nur auf 13 Pf. das Pfund. Im Ganzen haben somit die Erbsamungen dieses Sommers gezeigt, daß die Ausfuhr von Fleisch ebenjo gewinnbringend wie die Vieh ausfuhr sein kann, wobei noch der Vortheil ist, daß die Viehzüchter unabhängiger sind und nicht von ankommenden Viehscheun beeinflusst werden. Zur Förderung der Sache wird in Kopengagen eine Ausstellung von präparirten Fleischmengen



zeit, beim ersten Signal abzufahren.